

# Was ohne Landesmittel nicht gehen würde



Foto: Tom Peterson

Alt und Neu: Während die übrigen städtischen Wohnblöcke noch einen deutlichen Sanierungsbedarf sichtbar aufweisen, ist der erste Wohnblock am Leipziger Ring (rechts) mittlerweile komplett saniert. Das Bauprojekt für sozialen Wohnraum wäre ohne Landesmittel oder Bundesmittel nicht zu stemmen.

**Mehrere Hunderttausend Euro Landesmittel machen aktuelle Sanierungs- und Neubaumaßnahmen in Dillingen und Schwalbach möglich. Innenminister Klaus Bouillon verriet in diesem Zusammenhang eine weitere überraschende Zahl.**

VON TOM PETERSON

**DILLINGEN/SCHWALBACH** | Graue verdreckte Betonplatten, herabfallender Putz, eine bröckelnde Fassade, die den Blick auf das darunter liegende Mauerwerk freigibt: Schon der Blick von außen verrät, dass die meisten der Ende der 50er Jahre errichteten fünf Wohnblöcke am Leipziger Ring am Rande von Dillingen einen hohen Sanierungsbedarf haben. Für das städtische Bauamt und den Haushalt „eine Herkulesaufgabe“, wie Dillingens Bürgermeister Franz-Josef Berg bereits vor knapp vier Jahren im Gespräch mit unserer Zeitung erklärte.

Dass die Stadt seitdem auf einem guten Weg ist, zeigt seit einem guten halben Jahr nun schon der Wohnblock 1-3. Eine neue und energetisch sanierte Gebäudehülle mit einem frischen und modernen Anstrich, moderne Haustechnik sowie größere Wohnräume und Balkone: Im Gegensatz zu seinen gegenüberliegenden Schwesternbauten ist der erste der fünf Wohnblöcke am Leipziger Ring nicht mehr wiederzuerkennen. Rund 4,1 Millionen Euro hat die Stadt in die Kernsanierung des „städtischen Wohnblocks Leipziger Ring 1-3“ gesteckt. Unterstützt wurde die Maßnahme dabei zuletzt auch wieder vom saarländischen Innenministerium.

Am Freitag überreichte Innenminister Klaus Bouillon eine Bedarfszuweisung in Höhe von 500 000 Euro vor Ort an Bürgermeister Berg und lobte den „Vorbildcharakter“ den die Stadt Dillingen in Sachen sozialer Wohnungsbau habe. „Üblicherweise erfolgen Förderungen für die Sanierung von Wohnraum heutzutage über die verschiedenen Programme unserer Sozialen Wohnraumförderung. Die finanzielle Unterstützung der Stadt Dillingen begann jedoch zu einem Zeitpunkt, als diese Möglichkeit noch nicht gegeben war“, erklärte Bouillon.

Die grundlegende Sanierung der 24 Wohnungen im ersten Block des Leipziger Rings brächte „wohnungssuchenden Menschen mit einem geringen Budget nochmals sehr attraktiven Wohnraum“, ergänzte Bürgermeister Berg und sagte, dass ohne Landesmittel das nicht zu stemmen gewesen wäre. Auch in den kommenden Jahren werde der Wohnbereich am Leipziger ein „großer Investitionsschwerpunkt“ für die Stadt darstellen. So sollen in Zukunft dort auch weiterer sozialer Wohnraum angeboten werden und ein Kita-Neubau entstehen.

Neue Räumlichkeiten soll es bald auch für die Schülerinnen und Schüler der Freiwilligen Ganztagschule (FGTS) „Kirchbergschule“ in Schwalbach geben. Dort ist die Errichtung eines zweigeschossigen barrierefreien Neubaus geplant, der neben einer Aufzugsanlage auch genügend Platz für die Unterbringung von sechs FGTS-Gruppen inklusive Nebenräumen bieten soll. Für die Baumaßnahme überreichte Bouillon am Freitag der Ersten Beigeordneten von Schwalbach, Alexandra Heinen, eine Bedarfszuweisung in Höhe von 200 000 Euro. Angesichts der schwierigen Haushaltslage, in der sich die Kommune seit mehreren Jahren befindet, eine wichtige Unterstützung, wie Heinen betonte. „Unsere Gemeinde kann nur so gut wirtschaften, wie sie auch von außen unterstützt wird“, sagte die Erste Beigeordnete. Auch im Namen von Schwalbachs Bürgermeister Hans-Joachim Neumeyer wies sie auf die Notwendigkeit der Unterstützung von Landesseite hin.

Der Innenminister unterstrich in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Bundeshilfen. Seit Ende 2014 hätten die saarländischen Kommunen zwar über verschiedene Maßnahmen, wie beispielsweise Bedarfszuweisungen, Kommunalpakt oder dem darauf folgenden Saarlandpakt, durch das Land Unterstützungen in Höhe von rund 4,3 Milliarden Euro erhalten. Dies ändert aus Sicht des Ministers aber nichts daran, dass die Kommunen im Saarland „ohne Hilfe des Bundes nach wie vor in einer schwierigen Situation bleiben“.